

Antrag 60/I/2026**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Entschuldung des Globalen Südens als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit ermöglichen**

- 1 Wir fordern den Landesparteitag der SPD Berlin sowie den
- 2 Bundesparteitag der SPD zu Beschluss und Umsetzung
- 3 der folgenden Punkte auf:
- 4 1. Durch eine nationale Gesetzesreform sicherzustellen,
- 5 dass private Gläubiger aus Deutschland in Umschuldungsprozessen von Staaten aus dem Globalen Süden nicht bessergestellt werden als öffentliche Gläubiger. Private Marktakteure müssen in Zukunft verbindlich an Umschuldungen beteiligt werden und dürfen keine Sondergewinne aus unkooperativem Verhalten in den betreffenden Verhandlungen erzielen.
- 13 2. Einführung eines nationalen „Safe Harbour“-Gesetzes zum Rechtsschutz von Staaten in Umschuldungsverhandlungen vor Klagen und Vollstreckungen während des Umschuldungsprozesses, entsprechend der Empfehlung der GIZ-Studie „Statutory and Policy Measures to Enhance Private Sector Participation in Sovereign Debt Restructuring“ aus dem Jahr 2024.
- 21 3. Im Rahmen des IWF und der G20: Einsatz für eine grundlegende Reform der Schuldentragfähigkeitsanalysen, welche anstatt reiner finanztechnischer Kriterien soziale Mindeststandards, Armutsbekämpfung und öffentliche Daseinsvorsorge in den Vordergrund stellen. Weiterentwicklung des G20 Common Framework for Debt Treatment und Förderung der Implementierung. Zudem, Einsatz für eine Abschaffung der IWF-Zinsaufschläge (Surcharges), welche zusätzlich zu regulären Zinsen bei besonders hoher Verschuldung aufgeschlagen werden, und somit Länder in bereits schwieriger Lage weiter belasten und ihre Handlungsfähigkeit und Rückzahlungsfähigkeit einschränken. Einsatz für eine Reform der Stimmrechte im IWF, um die Repräsentation der Länder des Globalen Südens zu verbessern und sie auf die heutigen weltweiten wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen.
- 39 4. Einsatz für eine verbindliche Begrenzung des Schuldendienstes von Staaten im Globalen Süden auf max. 10% der Staatseinnahmen (anstatt der aktuellen bis zu 70%), um die öffentliche Handlungsfähigkeit zu erhalten.
- 44 5. Unterstützung der Reform der internationalen Schuldenarchitektur in einem zwischenstaatlichen UN-Prozess, welcher inklusiv auf UN-Ebene stattfindet. Langfristiges Eintreten für ein verbind-

48 liches, transparentes, und multilateral gesteuertes
49 Schuldeninsolvenzverfahren unter dem Dach der
50 Vereinten Nationen

51

52

53 **Begründung**

54 Die Schuldenkrise im Globalen Süden hat sich in den letz-
55 ten Jahren dramatisch verschärft und bindet heute einen
56 Großteil staatlicher Einnahmen. In vielen Ländern fließt
57 deutlich mehr Geld in den Schuldendienst als in Bildung,
58 Gesundheit oder soziale Sicherung. Dadurch werden Ar-
59 mut, Ungleichheit und politische Instabilität weiter ver-
60 schärft. Besonders problematisch ist, dass private Gläu-
61 biger inzwischen den Großteil der Schulden halten, sich
62 aber häufig ihrer Verantwortung entziehen und Umschul-
63 dungen blockieren. Das bestehende internationale Schul-
64 denregime ist langsam, ineffizient und begünstigt finanz-
65 starke Akteure gegenüber demokratisch gewählten Regie-
66 rungen. Aggressive Klagen privater Gläubiger verschärfen
67 Krisen zusätzlich und untergraben faire Verhandlungen.
68 Ohne verbindliche Regeln werden private Gewinne wei-
69 terhin durch öffentliche Mittel abgesichert. Notwendig
70 sind daher klare Obergrenzen für den Schuldendienst, ei-
71 ne verpflichtende Beteiligung aller Gläubiger und recht-
72 licher Schutz für Schuldnerstaaten. Nur so entsteht wie-
73 der finanzieller Spielraum für soziale Entwicklung, Klima-
74 schutz und wirtschaftliche Stabilität. Eine gerechte inter-
75 nationale Schuldenarchitektur ist damit eine Vorausset-
76 zung für globale soziale Gerechtigkeit.